

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 251.

Donnerstag, 26. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Was soll geschehen?

Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Reichsregierung über Maßnahmen, die geeignet sind, den fortschreitenden Währungsverfall einzudämmen, sind am Mittwoch nachmittag fortgesetzt worden. Als Grundlage für diese Verhandlungen dienten die Beschlüsse, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Dienstag in einer mehrtägigen Sitzung gefaßt hat.

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist nach unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stützung der Mark. Zu diesem Zweck ist ein Devisenfonds bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist leider nur deshalb nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung anderweitige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Ressorts so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fallen der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungssaktion auch die Devisenkontrolle verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wilden Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (eventuell in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungsfondarium) und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungsverpflichtungen abgegeben werden.

Andererseits muß den eine wertbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel suchenden Kapitalbesitzern Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen, ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern. Als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Kräftigung der notwendigen Stützungssaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspolitischen, sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuererleichterung befristet und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Zuzugseinfuhr durch Zollserhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbots, eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf auch unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinkbranntwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennstoffzwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstage einen Antrag auf vollständige Erlassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Überzeugung ist, daß der „Segen der freien Wirtschaft“ zur Hungererzeugung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gesteigerten Kohlenlieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz wesentlich beeinflusst ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die noch nicht beendet wurden, sollen am Donnerstag in Besprechungen mit den

Parteilührern fortgesetzt werden. Je nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der kurzen Ferien zusammentreten wird, um ihrerseits die sich aus der Lage ergebenden Schritte zu beschließen.

*

Berlin, 26. Oktober. (Draht.)

Die Devisenverordnung ist nach wie vor heftig umstritten. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich bereit, einige Abänderungen, die sich als notwendig herausgestellt haben, zuzulassen. Sie hat jedoch starke Bedenken dagegen, daß das geschieht, bevor die von ihr für die Stützung der Mark vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt sind. Sie dürfte deshalb in der Donnerstag-Vormittag stattfindenden Parteiführer-Besprechung ihre Zustimmung zur Abänderung der Devisenverordnung davon abhängig machen, daß zuerst die Stützungssaktion für die Mark und die innere Goldanleihe beschlossen werden.

*

Berlin, 26. Oktober.

Der Reichskanzler führte am Mittwoch nachmittag mit den Vertretern der Großbanken eine Besprechung, die sich auf die Devisenverordnung und auf Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark bezug. Wie wir erfahren, ist nur ein Teil der Bankdirektoren der Auffassung, daß die Devisenverordnung aufgehoben werden muß, während ein anderer Teil die Ansicht vertritt, daß sich jetzt eine Auihebung nicht möglich machen läßt. Positive Vorschläge zur Stabilisierung der Mark haben auch die Vertreter der Banken nicht gemacht, so daß also nach wie vor die einzig vorhandenen Vorschläge zur Eindämmung der Währungskatastrophe von der Sozialdemokratie angeregt wurden. Das Grundübel unseres Elends sehen die Vertreter in der passiven Handelsbilanz. Sie sind deshalb der Auffassung, daß zunächst hier Abhilfe geschaffen werden muß.

Entweder — oder.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitete Aktion gegen die Währungsstatastrophe findet in der bürgerlichen Presse durchgängig eine Beurteilung, die mehr als irreführend ist. Man behauptet u. a., daß die Sozialdemokratie Sehnsucht nach einem „Erholungsurlaub“ den Winter hindurch hat, um im Frühjahr wieder in die Regierung einzutreten und daß sie zu diesem Zweck parteitaktische Momente in den Vordergrund schiebe, die schließlich das Kabinett Wirth unmöglich machen sollen.

Gerade die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war bisher die stärkste Stütze der Regierung Wirth, und sie wird nach wie vor diese stärkste Stütze bleiben, wenn sich die Regierung Wirth, den Bedürfnissen des werktätigen Volkes entsprechend, wenigstens wie es im Augenblick not tut, zu Laten aufrafft. Wir haben kein Programm mit positiven Forderungen zur Stabilisierung der Mark aufgestellt, um dann aus der Regierung zu verschwinden, nein, wir haben ein Programm fixiert, das durchzuführen wir mit dem Koalitionskabinett Wirth bereit sind. Letzten Endes kann es aber nur zweierlei geben: Entweder schreitet die gesamte Regierung zu positiven Maßnahmen und sie bedient sich dabei der Vorschläge, die die Sozialdemokratie als einzige Partei von allen deutschen Parteiorganisationen bisher gemacht hat, oder aber sie unterläßt das, was die Not des Volkes dringend erfordert, tut nichts, wie es die bürgerlichen Parteien scheinbar wünschen, und dann muß man sich damit abfinden, daß Veränderungen in dem bestehenden Regierungsverhältnis unvermeidlich werden. Ist das Parteitaktik, wenn die Sozialdemokratie für das Volk eintritt und positive Maßnahmen fordert, oder ist es Parteitaktik, wenn, wie die bürgerlichen Parteien das bis heute getan haben, alles gegen die Not des Volkes unterlassen, dagegen eifrig für die Interessen derjenigen Kreise eingetreten wird, die durch positive Maßnahmen um ihre Spekulationsgewinne gebracht werden?

Diejenigen, die uns heute parteitaktische Momente vorwerfen, könnten dem Volke einen Dienst erweisen, wenn sie sich ernsthaft mit den Forderungen der Sozialdemokratie, die in ihrer Tendenz bekannt sind, beschäftigen und sie in Ermangelung eigener Ideen, eigener Schritte und Wege empfehlen würden. Das würde dem Volke sicherlich wertvoller sein, als der Vorwurf der Parteitaktik gegen die Sozialdemokratie von Leuten, die sich seit Monaten ausschließlich von parteitaktischen Momenten leiten lassen.

Die Sanierungsaktion in Deutsch-Oesterreich.

W. Wien, 26. Oktober.

Der Bundeskanzler hat eine der Abänderungen, welche die Völkerbunddelegierten an den Sanierungsplan der Regierung vornehmen, dem Nationalrat bekanntgegeben. Zwischen der Regierung und den Völkerbunddelegierten kam eine Vereinbarung über die während der Uebergangszeit bis zum Eintreffen der Völkerbundkredite notwendigen Maßnahmen zustande. Der hierfür notwendige Betrag ist mit 130 Millionen Goldkronen festgelegt worden.

Dollar 4350.

Das neue englische Kabinett.

London, 25. Oktober.

Das neue englische Kabinett ist gestern abend folgendermaßen gebildet worden:

Premierminister: Bonar Law.

Lordkanzler: Viscount Cave.

Vordräsident des geheimen Rates und stellvertretender Führer des Oberhauses: Lord Salisbury.

Schatzkanzler: Baldwin.

Staatssekretär des Innern: Bridgeman.

Staatssekretär für die Kolonien: Herzog von Devonshire.

Staatssekretär für Indien: Viscount Peel.

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Lord Curzon.

Staatssekretär des Kriegsammtes: Lord Derby.

Handelsminister: Sir Philip Lloyd-Greame.

Erster Lord der Admiralität: Amery.

Gesundheitsminister: Sir Arthur Boscawen.

Landwirtschaftsminister: Sir Robert Sanders.

Einige Aemter sind noch zu besetzen, auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt worden.

Französische Schmeicheleien für Bonar Law.

Paris, 26. Oktober.

Der „Temps“ erklärt: Wir Franzosen sind überaus glücklich, in dem neuen englischen Kabinett lauter wohlbekannte Gesichter wiederzufinden. Lord Derby ist nahezu ein Landsmann in unsern Augen. Lord Curzon ist gewohnt, mit Poincaré zu verhandeln. Dieselbe Zeitung erinnert dann an die Worte, die Bonar Law nach seinem Rücktritt im November 1921 bei einem Festessen zu Ehren Poincaré aussprach: „Wir wissen, wie Frankreich gelitten hat, wir verstehen die Angst Frankreichs für die Zukunft. Bei uns gibt es nur Bewunderung und Zustimmung für Frankreich.“ Der „Temps“ schließt zum Schluß, Bonar Law ist viel zu loyal und beständig, um seine Meinung in dieser Hinsicht jemals zu ändern.

Das Abkommen über das Ausgleichsverfahren.

Berlin, 26. Oktober.

Das von den Vertretern des Reichsausgleichsamtes mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsamter unter Vorbehalt der Ratifizierung vereinbarte Abkommen über die künftige Regelung der Zahlungen im Ausgleichsverfahren hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Deutschland ist bis zum 10. Juli 1923 von sämtlichen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren befreit. Zur Begleichung der noch ungedeckten deutschen Defiziten, deren Umfang vorläufig auf 24,2 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, verpflichtet sich die deutsche Regierung Schahanweisungen in Höhe dieses Gesamtbetrages auszustellen, die vom 10. Juli 1923 bis 10. Oktober 1928 in monatlichen von 300 000 Pfund Sterling allmählich bis auf 500 000 Pfund Sterling ansteigenden Teilbeträgen fällig sind. Die Schahanweisungen werden bei der Reichsbank hinterlegt, die als Treuhänder der alliierten Ausgleichsamter die Beträge bei Fälligkeit einzieht. Stellt sich im weiteren Verlaufe des Ausgleichsverfahrens heraus, daß der deutsche Gesamtbeitrags den Betrag von 24,2 Millionen Pfund Sterling übersteigt, so werden über den Restbestand weitere Schahanweisungen ausgegeben, die vom 10. November 1923 ab in monatlichen Raten von 500 000 Pfund Sterling fällig sind. Erweist sich dagegen der Gesamtbetrag des deutschen Defizits als geringer, so werden die zu seiner Deckung nicht erforderlichen Schahanweisungen Deutschland zurückgegeben und etwa zuviel geleistete Barzahlungen zurückerstattet. Eine Bürgschaft für die Schahanweisungen oder eine anderweitige Garantie ist nicht vorgesehen.

Das Abkommen soll zunächst der Reparationskommission mitgeteilt werden. Für den Fall ihres Einverständnisses ist eine Frist von sechs Wochen für die Ratifizierung durch die beiderseitigen Regierungen vorgesehen. Ob deutscherseits ratifiziert werden kann, wird davon abhängen, ob die Regelung der Reparationsfrage die Möglichkeit einer Erfüllung des Abkommens offen läßt.

Das neue deutsch-französische Lieferungsabkommen.

Berlin, 26. Oktober.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Wie wir zu dem Abschluß des Lieferungsvertrages zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und dem französischen Aktionskomitee in den verstorbenen Gebieten hören, bedarf das Abkommen noch der Zustimmung der französischen Regierung. Der Unterschied zwischen ihm und dem Stinnes-Lubersack-Abkommen liegt hauptsächlich darin, daß der Verband sozialer Baubetriebe außer den Materiallieferungen auch deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung stellen will. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, deutsche Arbeiter in das zerstörte französische Gebiet zu entsenden. Das Abkommen bildet im Augenblick nur einen Rahmenvertrag, zu dessen Durchführung der Abschluß von Einzelverträgen zwischen französischen Bestellern und deutschen Lieferanten notwendig ist.

Die Reparationskommission in Berlin.

Am Sonntagabend wird die Reparationskommission mit Barthou an der Spitze in Berlin eintreffen. Man will Deutschlands wirtschaftliche Lage studieren, und mit der Reichsregierung am grünen Tisch über die Stabilisierung der Mark Beratungen pflegen, um dann in Paris endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Gegner der Erfüllungspolitik, gleichzeitige phrasenhafte Gewaltentäter ohne Kanonen und Schießgewehre betrachten diesen Beschlus der Reparationskommission als einleitenden Schritt zu einer großzügigen Finanzkontrolle. Was sein, daß dieser Wunsch von Helfferich und Genossen in Erfüllung geht, vorläufig aber ist nichts unangebracht, als bei der Reparationskommission, wie es von deutschnationaler Seite geschieht, den Anschein zu erwecken, daß Deutschland sich mit einer Finanzkontrolle schon halbwegs abgefunden hat. Gott sei Dank vertreten Helfferich und Segat nicht Deutschland. Das republikanische Deutschland wünscht mit der Entente in Frieden zu leben und insbesondere, zu Frankreich in guten Beziehungen zu stehen. Schon deshalb wehren wir uns gegen eine Finanzkontrolle, die letzten Endes keine Ausflucht auf Erfolg haben kann, wohl aber den Haß der deutschen Bevölkerung gegen die Förderer eines Unterdrückungssystems zu steigern und Deutschlands Kredit noch weiter zu verringern vermag.

Die deutsche Regierung hat bis heute alles getan, um den Forderungen der Entente gerecht zu werden. Selbst Maßnahmen hat sie deshalb auf sich genommen, die sich später an unmerklicher Volksgeundheit schwer rächen können. Die maßgebenden Führer der Erfüllungspolitik stehen in Gefahr, mit ihrem Leben das zu büßen was sie des tiefen Friedens willen auf sich nahmen. Stellt die Reparationskommission diese Gesichtspunkte bei ihren Erörterungen in Berlin in den Vordergrund der Debatte, dann wird es nicht schwer sein, zu einer Verständigung zu kommen. Man muß endlich die Einsicht haben, daß Deutschlands Erfüllungsmöglichkeit die Grenze erreicht hat und daß vor allen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen an die Entente das Gut eines 60-Millionen-Volkes steht. Ist denn der Entente mit einer Hungerkatastrophe, mit neuen Revolutionen, die letzten Endes zu einem holländischen Deutschland führen könnten, gedient? Als nach den ersten Monaten der deutschen Revolution die Gefahr des Bolschewismus auch für Deutschland bestand, und als später im russisch-polnischen Krieg die Rote Armee im Siegestempo sich der polnisch-deutschen Grenze näherte, war im Berliner Einse große Aufregung, und man sann nach Mitteln und Wegen, um der eintretenden Gefahr rechtzeitig vorzubeugen. Was man damals verhinderte, kann man heraufbeschwören, wenn das deutsche Volk in der bisher geübten Art zu Leistungen verpflichtet wird, die letzten Endes auf Kosten des Lebens der Bevölkerung vor sich geht.

Soll Deutschland zahlungslos werden, so bedarf es zunächst eines inneren Wiederaufbaues seiner Wirtschaft und seiner Finanzen! Dieser innere Aufbau ist unentbehrlich ohne Stabilität der deutschen Währung. So lange aber der Druck von außen auf Deutschland lastet, so lange wir bis auf das letzte Hemd ausgeliefert werden, so lange ist eine Stabilität unserer Währung unmöglich. Nicht nur um eigenen Leben, auch im Interesse der Entente ist eine langfristige Zusammenarbeit unserer Wirtschaften notwendig. Wie den Reparationsforderungen, wie sie erst nachher an die Reichsregierung gestellt werden, schadet es die Entente selbst. Man sollte doch annehmen, daß auch die französischen und englischen Industrie- und Wirtschaftskreise sich darüber klar sind, daß die Aufgabe von 8 bis 9 Milliarden Deutschemark für unsere Wirtschaft im Monat lächerlich hohen Zinsen zu zahlen ist. Was dem Ruin wird dann selbst die Entente verheißt werden. Das deutsche Kabinett wird lediglich einer Pflicht gegenüber dem Volk gerecht, wenn es den neuen Forderungen letzten Endes ein „bis hierher und nicht weiter“ entgegenstellt.

Wesentlich wären neue Maßnahmen der Reparationskommission von vornherein als überflüssig erweisen, wenn die Reichsregierung sich mehr dem anerkannten Stande, was die Sozialdemokratie seit Monaten fordert. Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark. Schon seit dem 7. Juli hat dem Reichskabinett die erste Forderung des Reichsfinanzministeriums zur Stabilisierung der Mark-Notenbank gestellt worden. Dieser hat man die Mark in den letzten Monaten fast gänzlich gelassen. Das Reichskabinett kann nicht nachsehen! Aber es verhalten es von der Regierung, daß es wenigstens bei den Forderungen mit der Reparationskommission gesteht und einen Plan vorlegen kann, der neue Maßnahmen der Entente zur Stillung anderer Mark als überflüssig erweisen. Die Reichsregierung darf nicht der Versuchung erliegen, daß es seine Maßnahmen zur eigenen Rettung verläumt hat, dafür zu sorgen ist Pflicht der Reichsregierung.

Deutschlands Kohlenlieferungen.

Berlin, 25. Oktober.

Im Zusammenhang mit einer in der Presse veröffentlichten Meldung über eine Ententeentscheidung mit neuen Kohlenforderungen erregt die Telegrammnotiz von ausländischer Seite:

Eine Note der alliierten Regierungen ist im Laufe des Monats Oktober eingetroffen, die neue Kohlenforderungen an die deutsche Regierung stellt. Am 21. Juli d. J. war zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten vereinbart worden, daß in der Zeit vom 1. August bis 1. November über 1.725.000 Tonnen deutsche Kohle und 25.000 oberösterreichische Kohle an die Alliierten geliefert werden sollten. Wenn die gesamten deutschen Kohlenlieferungen 8,3 Millionen Tonnen übersteigen, sollte die deutsche Regierung 20 Prozent des Ueberschusses an die Alliierten abtreten. Nach dem Verlust Oberösterreichs und bei der Haltung der polnischen Regierung war es der deutschen Regierung unmöglich, oberösterreichische Kohle zu beschaffen. Unter empfindlicher Schätzung der deutschen Wirtschaft sollte es im dem Monat August bis Oktober 1,6 Millionen Tonnen Kohlen an die Alliierten zu liefern. Nachdem trat Mitte des Monats eine neue Note der Alliierten ein, die außer den vereinbarten 1.725.000 Tonnen Kohle noch 20 Prozent des Förderungsüberschusses verlangte. Diese Ueberschüsse würden monatlich weit über 200.000 Tonnen ausmachen. Die Reichsregierung hat sich nicht in der Lage, diese Forderungen zu erfüllen. Bei einer absehbaren Antwort bedarf es der Klarheit, am Sonntagabend mit den Führern der Industrie in Verbindung zu treten, um die wirtschaftlichen Unterlagen für die absehbende Antwort zu gewinnen. Um unter Wirtschaftlichen Leben in Form zu halten und Gleichheit, Gas- und Elektrizitätswerte besonders zu vermindern, ist in den letzten Monaten für 3-4 Millionen Reichsmark oberösterreichische Kohle einbezogen worden. Unter diesen Umständen würde die Erfüllung der Forderung der Entente den Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens bedeuten.

Reparationsstoffe für die deutsche Industrie.

III. Paris, 24. Oktober.

Gegenüber dem gerühmten ausreichenden Zweifel an der Durchführung der deutschen Sachleistungen gibt der „Temps“ eine Aufklärung. Das Blatt schreibt, daß die deutschen Banken sich bereit erklärt hätten, die deutschen Industrielle zu unterstützen, wenn dem Stande der Mark zu finanziellen. Zum Verträge Stinnes-Lubarsch erklärt das Blatt, daß dieser Vertrag nur ein Privatabkommen sei, dem nicht die Bedeutung eines Abkommens zwischen den Regierungen zu geben und das neben ihm eine Reihe anderer Abkommen zwischen den Geschädigten in Nordfrankreich und dem deutschen Unternehmen abgeschlossen werden sollte und zum Teil schon abgeschlossen sei. Die Hauptfrage für diese Verträge ist die

Kohlenfrage, da eine Steigerung der deutschen Sachlieferungen von der dafür zur Verfügung stehenden Kohlenmenge abhängt. In diesem Punkte habe die französische Regierung eine sehr bedeutsame Entscheidung getroffen. Sie stelle allen Geschädigten in Nordfrankreich frei, Kohlen für diesen Zweck einzufordern und ihrerseits den deutschen Industrien, mit denen sie in Verbindung stehen, zur Verfügung zu stellen. Da man voraussetzt, daß diese Vergünstigung auf die deutschen Lieferungen anregend wirken, soll im Ganzen die französische Regierung den Geschädigten in Nordfrankreich für diesen Zweck zunächst 25.000 Tonnen Kohlen für das laufende Halbjahr zur Verfügung stellen. Für alle diese Kohlenzuweisungen, so schreibt das Blatt, erhält der Vertrag Stinnes-Lubarsch keinerlei Bevorzugung.

Neue Hungerstot in Sowjetrußland.

Moskau, 24. Oktober.

Die amtlichen Moskauer „Iswestija“ stellen fest, daß eine ganze Reihe von Gebieten der Sowjetföderation aufs neue der schwersten Hungerstot verfallen sei. In der Ukraine betrug bereits Anfang Oktober allein in den Gouvernements Donek, Zkaterinoflaw und Saporoschje die Zahl der Hungenden über 550.000. Aus dem Gouvernement Nikolajew, wo 12 Prozent der Bauernwirtschaften hungern, werden bereits Fälle von Hungerstot gemeldet, und auch im Gouvernement Odessa ist die Lage äußerst ernst. In der deutschen Wolga-Kommune hungern mindestens 40.000 Personen und aus zahlreichen Ortshäusern der Tataren-Republik (Gouvernement Kasan) gehen Meldungen über eine völlige Mitternte infolge Dürre und veripäterer Ausaat ein.

Das Moskauer Blatt führt aus, daß die Lage sich mit jedem Monat verschärft und die Zahl der Hungenden zum Frühjahr auf das Mehrfache steigen werde. Demgegenüber habe aber die Fürsorge für die Hungenden stark abgenommen. Die Sammlungen seien eingestellt, die Hungerhilfskommission habe sich nach ihre Umgestaltung neuen Aufgaben zugewandt und die Auslandshilfe werde eingeschränkt. Auch die diesjährigen Herbstsaaten, die dank der günstigen Witterung anfangs sich im allgemeinen gut entwickelten, sind durch das massenhafte Auftreten von Getreidegeschädlingen in bedrohlicher Weise gefährdet.

Die Parlamentswahlen in Lettland.

Große Erfolge der Sozialdemokraten.

Die Wahlen zum ersten lettlandischen Parlament, die nach der zweijährigen Erziehung der konstituierenden Versammlung jetzt stattgefunden haben, sind nach einem außerordentlich leidenschaftlich geführten Wahlkampf unter lebhaftester Beteiligung der gesamten Bevölkerung abgeschlossen worden. Von den insgesamt 100 Abgeordneten ist bereits die Parteizugehörigkeit von 97 bekannt; die noch ausstehenden 3 Sitze, auf die die Reststimmen entfallen, werden an der Zusammenlegung des Parlaments fast nicht ändern. Das Gesamtergebnis ist, daß die reaktionären Parteien, trotz eines ungeheuren Aufwandes an Mitteln, eine vollständige Niederlage erlitten haben. Auch die in politischer Hinsicht reaktionären nationalen Minderheiten haben bei den Wahlen schlecht abgeschnitten. Von den bisherigen Koalitionsparteien, die die Regierung in Händen hatten, sind einige vollständig außerplay, so daß die bisherige Regierungskoalition ausschließlich geworden ist. Erhalten hat sich von ihnen lediglich der Bauernbund, für den wohl auch ein Teil der neuen Anstiebler gestimmt hat, denen auf Grund des Agrargesetzes der konstituante Parzellen bis zu 22 Hektar aus dem früheren Großgrundbesitz zugewiesen worden sind.

Den größten Erfolg bei den Wahlen hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei davongetragen. Bei den Wahlen zur konstituente eroberte sie von insgesamt 152 Sitzen 58. Inzwischen ist aber eine Spaltung der Partei ein; eine rechtsstehende Gruppe sonderte sich ab und trat in die Koalitionsregierung ein, und in der sozialdemokratischen Parlamentarisation verblieben nur 35 Abgeordnete. Jetzt hat die Partei von insgesamt 100 Sitzen 32 bis 33 erobert, während die rechtssozialistische Gruppe es lediglich auf 6 bis 7 Mandate gebracht hat. Beide sozialdemokratischen Richtungen verfügen also gemeinsam über 40 % der Mandate und werden voraussichtlich im Parlament eine ausschlaggebende Rolle spielen. Den Kommunisten war durch die Verhaftung ihrer familiären Führer die Möglichkeit genommen worden, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie proklamieren Wahlenthaltung, wodurch selbstverständlich die Wahlen zugunsten der Reaktionsparteien beeinflusst wurden.

Das allgemeine Ergebnis der Wahlen bedeutet einen erfreulichen Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem der wichtigsten ehemals russischen Randstaaten. Trotz der außerordentlichen Ungunst der Verhältnisse hat die lettlandische Sozialdemokratie erneut ihre Stärke und Festigkeit erwiesen. Sie hat nicht nur ihre alten Positionen behauptet und die von den kommunistischen Minderheiten geheilten Arbeiterkräften um sich gesammelt, sie hat auch der großbürgerlich-agrarischen Reaktion, die alle sozialistischen und nationalsozialistischen Instanzen aufreißte, einen empfindlichen Schlag verzieht. Die natürliche Folge des Wahlergebnisses muß eine Reorganisation der Regierung sein. Wie diese ausfallen wird, steht noch dahin. Jedenfalls muß mit einer starken Einschränkung des Regierungsaufbaues in Lettland gerechnet werden.

Fahistenparade.

Rom, 24. Oktober.

Die große Fahistenparade in Rom hat sich bis jetzt ohne ernste Zwischenfälle vollzogen. Gegen Mittag wurde jeder Verkehr eingestellt und die Läden geschlossen. Nach einem Umzuge durch die Stadt wurde auf dem Plebisitenplatz eine Versammlung abgehalten, an der sich etwa 30.000 Personen beteiligten. Majestät hielt eine Rede in der er u. a. die Forderungen der Fahisten für ihre Beteiligung an der Regierung bekanntgab. Danach beauftragte er nicht weniger als fünf Regieris, nämlich Meunier, Aring, Mazza, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft. Sie verlangen ferner Abweisung der Kammer, Reformen und Neuwahlen im letzten Herbst, sowie die Festsetzung, daß der Staat keine Neutralität ausbebe, die er einhalten sollte, ferner eine strengere Kontrolle. Majestät erklärte, der Faschismus berühre die Frage der Staatstrennung nicht, das italienische Regime müsse sich auf die Monarchie stützen.

Sabatanzgeist in Ungarn.

Die Herrscherregierung vor neuen Zeiten der Schwach.

Berlin, 24. Oktober.

Nach Sabatanz Nachrichten sollen mehr als 15.000 jüdische Familien aus Ungarn ausgewandert werden. Im Laufe dieser Woche soll die Politik mit der Durchführung beginnen. Für den 24. Oktober sind über 500 jüdische Verleumdungen zur Bedauerung

Wolke. Die Verleumdungen sollen sofort ins Schußfeld gebracht und von dort an die Grenze abgehoben werden. Bemerkenswert ist, daß auch zwei Juden, die im öffentlichen Leben eine große Rolle gespielt hätten, eine solche Vorladung erhalten hätten. Eine Intervention beim Minister Beßben, eine Abänderung zu erlangen, sei erfolglos geblieben, da sich der Ministerpräsident in diesen Beziehungen dem Befehl des Vereins der erwachsenen Ungarn fügen müsse.

Der Kartoffelwucher.

Schon vor Beginn der Kartoffelernte wurden alle Ermahnungen der Verbraucher an die Regierungsstellen, dafür zu sorgen, daß die Kartoffelversorgung sichergestellt und der Absatz ohne Schwierigkeiten ermöglicht wird, tröstlich beantwortet. Mehrfach wurde die diesjährige Kartoffelernte als glänzend hingestellt und u. a. mitgeteilt, daß der Transport besonders geregelt werden soll und Höchstpreise nicht nötig seien, da das große Angebot preisregulierend wirken würde. Es ist anzuerkennen, daß das Reichsverkehrsministerium nichts unterlassen hat, um allen Anforderungen in bezug auf den Kartoffeltransport gerecht zu werden. Von den 6 Millionen Tonnen, die schätzungsweise der Eisenbahn zur Beförderung übergeben wurden, sind bereits in der Zeit vom 1. September bis 16. Oktober in 128.800 Waggons 2 Millionen Tonnen befördert worden. Aber trotzdem kommen aus verschiedenen Gegenden des Reiches lebhaft Klagen über eine mangelhafte Versorgung mit Kartoffeln und über außerordentlich hohe Preise. Genosse Giebel hat bereits im Reichstag angefragt, was die Regierung gegen die offensichtliche Zurückhaltung von Kartoffeln durch die Landwirte, die höhere Preise erwarten, zu tun gedenkt. Die Regierung hat geantwortet, daß ihr von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln nichts bekannt sei. Jetzt hat auch das lächerliche Wirtschaftsministerium eine ähnliche Anfrage an das Reichsernährungsministerium gerichtet und gefragt, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um der in Sachsen beobachteten Zurückhaltung der Kartoffeln entgegenzutreten? Der Erzeugerpreis betrage jetzt schon 500 bis 550 Mark.

Das Reichsernährungsministerium kann bei bemerhter Zurückhaltung von Vorräten auf Grund der Preistreiberien verordnend einschreiten. Bisher scheint davon aber überhaupt nicht oder nur sehr wenig Gebrauch gemacht worden zu sein. Im Interesse der Verbraucher ist dringend zu wünschen, daß die Nachrichten, die den Kartoffelwuchern gegenüber bisher geübt wurde, aufgegeben und energisch durchgegriffen wird. Der Winter wird an sich schwer genug werden. Wenn die Regierung nicht den Mut aufbringt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern, dann kann eine Verschärfung der drohenden Krise nicht ausbleiben.

Das Attentat auf Maximilian Harden.

Leipzig, 23. Oktober.

Zum Attentat auf Maximilian Harden liegt das Ermittlungsverfahren jetzt der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage vor. Die Untersuchung hat dadurch eine erhebliche Verzögerung erfahren, daß sich vor einiger Zeit ein Feldwebel Hübner unter der Selbstbezeichnung, Mittäter zu sein, dem Untersuchungsrichter gestellt hatte und dadurch in Untersuchungshaft genommen worden war. Indes scheint es Hübner auf eine Irreführung des Gerichts abgesehen zu haben, da seine Angaben bei näherer Nachprüfung als unrichtig befunden worden sind. Der Täter Ackermann ist bisher noch nicht verhaftet worden. Die Anklage wird daher voraussichtlich nur gegen den Buchhändler Grenz und den Mittäter Reichardt erhoben werden.

Vor einer Regierungskrise in Bayern.

SWD. Augsburg, 25. Oktober. (Sig. Drahtbericht.)

Zu den Unbedeutenden unseres Parteiorgans, der „Münchener Post“, daß ein Regierungswechsel in Bayern wegen der bayrischen Feuerungsdenkschrift bevorstehe, schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in auffallend zurückhaltender Weise: „Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Bayerischen Volkspartei brauchen aber nicht die Ursache zu weitgehenden Folgen zu sein, wie sie in der „Münchener Post“ angedeutet sind.“ Die „Augsburger Volkszeitung“ gibt zu, daß sich die Lage ernstlich ausgelagert hat und daß sich Graf Lerchenfeld vor folgenschweren Entscheidungen gestellt sehen könne. Die Denkschrift sei durch den Gang der Ereignisse als erledigt zu betrachten.

Bei der offiziellen Einweihung des Neubaus des Deutschen Museums in München wurde von der Museumsleitung die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt. Im Münchener Stadtrat verlangten die Kommunisten den Austritt der Stadt München aus dem Deutschen Museum, falls nicht Sicherheit gegen etwaige Wiederholungen solcher Herausforderungen der deutschen Republik geboten wird.

Erhöhung der Postgebühren.

SWD. Die Postgebühren werden jedenfalls zum 1. Dezember wesentlich mehr erhöht werden, als es bisher vorzugesehen war. Der Reichspostminister hat dem Verkehrsbeirat ein Schreiben übermittelt, das sich mit der Gebührenerhöhung befaßt und in dem festgelegt wird, daß für den Rest des Rechnungsjahres 1922 die Reichspost mit einem Fehlbetrag von 50 Millionen Mark rechnen muß. Schon deshalb wird eine Gebührenerhöhung um 100 % für Briefpostsendungen ab 1. Dezember für unbedingt notwendig gehalten. Es werden also voraussichtlich kosten: Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mark, über 20 Gramm 8 Mark, im Fernverkehr 12 Mark, über 20 Gramm 16 Mark. Für jedes Telegramm wird ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 Mark und daneben die Erhebung einer Worigebühr von 10 Mark vorgeschlagen. Für Ortstelegramme und Pressetelegramme soll ab 1. Dezember die Hälfte dieser Gebühren entrichtet werden. Ueber die Neuregelung der Fernsprechgebühren-Tarife macht das Postministerium keinen endgültigen Vorschlag, jedoch stellt es anheim, in Zukunft die Regelung so zu gestalten, daß die Einzugsgebühren in voller Höhe erzielt, die Grundgebühren möglichst niedrig gehalten und die Einzelgesprächsgebühren dementsprechend erhöht werden.

Im Reichsfinanzministerium sprach am Mittwoch vormittag eine Delegation der Spihenorganisation der Beamten vor, um die Unterabteilung neuer Feuerungsverhandlungen zu beantragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums lehnte es ab, einen Verhandlungstermin festzusetzen und begründete diesen Standpunkt unter Berufung auf die demokratische Staatsform damit, daß das Ministerium nicht über die vom Reichstag für den Oktober festgesetzten Zulagen hinausgehen könne. Die Vertreter der Spitzenorganisationen werden ihren Vorläufigen Bericht erlassen und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen. Sie sind der Meinung, daß man mit dem einfachen Hinweis auf die Demokratie in der Zeit unablässig fortschreitender Weltentwertung die Forderung der Beamtenschaft nach neuen Verhandlungen nicht ablehnen kann.

Fürsten- und Raferntreue.

Von Kurt Heinig.

„Wären die Deutschen aller Schichten und Stände zur Freude und zum Stolz an ihrem Vaterlande erzogen gewesen, dann wäre eine solche Selbsterniedrigung eines großen Volkes undenkbar gewesen.“
Wilhelm II. in „Ereignisse und Gestalten.“

Der Volksmund sagt, daß die Liebe beim Geldbeutel aufhört. Das bleibt eine Wahrheit, auch wenn man die Feststellung umkehrt: Liebe beginnt erst dort, wo die Opferbereitschaft anfängt. Nach deutlicher wird diese Erkenntnis, wenn das Beispiel auf die Liebe zum Staat, zur Allgemeinheit und auf Pflicht, Steuern zu zahlen übertragen wird. Die Regierungen haben der „Opferwilligkeit“ ihrer Untertanen immer durch ebenso umfangreiche wie genau formulierte Gesetze die Wege geebnet. Im alten Deutschland oder richtiger in den früheren Bundesstaaten des Deutschen Kaiserreiches war jedermann scharf erfährt, zumal die Leute mit Arbeitseinkommen mußten ihre Liebe zum Staat gründlich betätigen. Die hohen und höchsten Einkommen und Vermögen wurden glimpflicher behandelt, die „allerhöchsten“ waren auf Grund Jahrhunderte alter Privilegien völlig steuerfrei, bei ihnen war — so sagte man — ein Zwang zur Opferbereitschaft auch nicht nötig. Es erschien zudem absurd, den persönlichen Träger der Staatsgewalt, dessen Vorfahren noch Herren, ja Besizer des Staates gewesen waren, mit den Untertanen auf eine Stufe zu stellen.

Es kam der Weltkrieg. Jeder sollte das Letzte opfern zum allgemeinen Besten. Es kamen Kriegssteuern und Kriegssammlungen, es entstanden auch Kriegsgewinne. Nun galt es, die Liebe zum Lande zu beweisen, es galt zu zeigen, daß man „zur Freude und zum Stolz an Vaterlande“ erzogen war. Wir haben es miterlebt und haben oft genug gestaunt über die Treue gerade der Aemster der Aemner. Sie brachten Gold und Geld und Gesundheit und Leben zum Opfer. Wie sah es bei den Fürsten, beim Kaiser aus? Es ist seither viel über deren Kriegsofferleistungen gesprochen worden und manches wird dazu noch zu sagen sein; auch grundsätzlich falsche Einstellungen sind wohl gelegentlich zu berichten. Heute mögen nur einige Tatsachen sprechen, die wohl die Aufmerksamkeit der zuständigen Finanz- und Steuerbehörden verdienen.

Ende August schickte die Geschäftsstelle der deutschen Standesherrn und der Vereinigung deutscher Hofkammern, das ist die Gewerkschaft der deutschen Standesherrlichen, fürstlichen und königlichen Vermögensverwaltungen, an ihre Mitglieder folgenden Rundschreiben:

Geschäftsstelle der Verwaltungen der deutschen Standesherrn und der Vereinigung deutscher Hofkammern.

Berlin, 30. August 1922.

Wie uns von der Vermögensverwaltung eines früher regierenden Fürsten mitgeteilt wird, ist dieser ehemalige Bundesfürst auf Grund des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918 veranlagt worden. Gegen die Veranlagung ist unter Berufung auf die Steuerfreiheit der Landesfürsten Einspruch erhoben. Eine freiwillige Uebernahme der außerordentlichen Kriegsabgabe wie beim Wehrbeitrag ist infolge der Staatsumwälzung unterblieben. In der Steuerfreiheit des Reiches war ein Recht zur Besteuerung der Bundesfürsten nicht eingeschlossen. Die jetzt freitliche Frage wird von der obersten Spruchbehörde in Steuerfachen, dem Reichsfinanzhof, entschieden werden müssen. Der betreffenden Verwaltung liegt daran, zu erfahren, welcher Standpunkt seitens der übrigen ehemaligen Landesfürsten eingenommen wird, und ob vielleicht schon eine Entscheidung des Reichsfinanzhofes vorliegt. Wir bitten, uns hierüber möglichst umgehend Auskunft geben zu wollen.

Das ist das Schreiben einer nüchternen Interessentenorganisation, wie sie jeder beliebige Unternehmerverband heute ebenfalls ganz selbstverständlich darstellt. Zudem zahlen die wenigsten Menschen gern Steuern. Viel beachtlicher ist aber die Stellungnahme, die jenes Rundschreiben bei der hohenzollernschen Vermögensverwaltung gefunden hat.

Das vormalige königliche Hausministerium antwortete der Hofkammer, der eigentlichen Güterverwaltung der Hohenzollern, die ihrer vorgelegten Behörde von der Zuschrift Kenntnis gegeben und um Auskunft gebeten hatte, wie folgt:

„Die hier befindlichen Akten ergeben nicht, daß Se. Majestät der Kaiser und König seinerzeit zu der außerordentlichen Kriegsabgabe für 1918 veranlagt worden ist, und auch neuerdings hat eine solche Veranlagung nicht stattgefunden; vielmehr haben sich die nachträglichen Veranlagungen bisher auf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nach dem Gesetz von 1919, auf die Besitzsteuer von 1919, das Reichsnotopfer und die Reichseinkommensteuer beschränkt. Ob etwa die Akten der

Schatzverwaltung etwas weiteres ergeben, kann leider zurzeit nicht festgestellt werden, weil Hofrat Nitz, der die betreffenden Akten hinter sich hat, noch beurlaubt ist. Sofortige Nachfrage an ihn ist veranlaßt, auf die wohl in einigen Tagen Antwort zu erwarten ist.

Sachlich könnte hier nur derselbe Standpunkt eingenommen werden, wie er in dem Schreiben der Geschäftsstelle festgelegt ist, da eine gesetzliche Steuerpflicht — ebenso wie beim Wehrbeitrag — nicht festgelegt worden ist und eine freiwillige Uebernahme dieser Kriegsabgabe durch Se. Majestät doch wohl nicht stattgefunden hat. Ob eventuell politische oder sonstige Gründe eine andere Stellungnahme rechtfertigen könnten, bleibt dahingestellt.“

Die vorstehenden Bemerkungen wurden am 9. September dieses Jahres gemacht. Weniger wichtig ist bei ihnen die Feststellung, daß der vormalige Kaiser doch sicherlich nicht übernommen habe, die Kriegsabgabe freiwillig zu zahlen. Davon sind wir bei Wilhelm II. überzeugt. Viel bedeutender erscheint uns, daß die höchste Verwaltungsbehörde des hohenzollernschen Vermögens ihrer nachgeordneten Stelle zur Erwägung anheimgibt, ob nicht „politische oder sonstige Gründe“ eine andere Stellungnahme, d. h. eine etwaige Bezahlung der Kriegsabgabe 1918 rechtfertigen könnten! Man ist bei den Hohenzollern an so viel gewöhnt worden, daß diese als möglich angebotene Selbstverständlichkeit beachtenswert erscheint. Aber was hat die Hofkammer, die die Wünsche und Gedanken ihres Kaisers wohl besser kennt als das vormalige königliche Hausministerium, aus dieser Anregung gemacht? Die Hofkammer schrieb der anfragenden Organisation zurück:

Berlin, den 12. September 1922.

An die Geschäftsstelle der Verwaltungen des deutschen Standesherrn und der Vereinigung deutscher Hofkammern Berlin.

Auf das Zirkular vom 13. August 1922 — Nr. 626 — erwidere ich ergebenst, daß eine Heranziehung des preussischen Königshauses zu der außerordentlichen Kriegsabgabe pro 1919 nicht statgefunden hat und daß die Verwaltung eine solche auch nicht für zulässig hält. Eine Erörterung der Fragen mit den Behörden hat nicht stattgefunden.

gez.: v. Keil, Hofkammerpräsident.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die Hofkammer als selbständige Güterverwaltung der Hohenzollern in den letzten Jahren verschiedentlich in der Öffentlichkeit genannt werden mußte, weil sie zugunsten ihres Herrn dem rückwärts losen Egoismus und huldigte und sich dabei mit vielen anderen sehr vornehmen und wohlhabenden Leuten von weniger gutem Ruf ungeniert auf eine Stufe stellte. In dem vorliegenden Falle erlitt sie den Versuch einer anständigen Regierung der hohenzollernschen Vermögensverwaltung im Reime. Das paßt sich dem, was die Öffentlichkeit immer wieder von ihrem ehemaligen kaiserlichen Herrn und seiner praktischen Einstellung zum Geld und zu Geldangelegenheiten gehört hat, würdig an. Dazu kann man wirklich nur sagen: wären die deutschen Fürsten und der deutsche Kaiser „zur Freude und zum Stolz an ihrem Vaterlande“ erzogen gewesen, dann wäre eine solche Selbsterniedrigung undenkbar gewesen.“

Die Deutsche Notgemeinschaft.

Die Vorarbeiten zur Gründung der großen Deutschen Notgemeinschaft sind nun soweit abgeschlossen, daß am Montag die Einladungen des Reichsarbeitsministeriums an die in Frage kommenden Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie an die Presse hinausgegangen sind. Die Gründung der Deutschen Notgemeinschaft soll am Montag der nächsten Woche, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium erfolgen.

Leider geht auch in der Frage der Deutschen Notgemeinschaft, wie in so vielen Dingen, Bayern seine eigenen Wege. Bayern hat ein umfangreiches Hilfswerk eingeleitet, in dessen Dienst sich alle Korporationen gestellt haben. Die Gewerkschaften in Bayern haben beschlossen, sich an diesem Hilfswerk zu beteiligen. Ursprünglich hatten die Landwirtschaft und Industrie darauf bestanden, daß Arbeiter-, Anstellten- und Beamtenchaft je eine Ueberstunde für dieses Hilfswerk leisten sollen. Bei Leistung dieser Ueberstunde wäre die Industrie ebenfalls bereit gewesen, den doppelten Ueberstundenbeitrag zu leisten. Nach längeren Verhandlungen ist man von diesem Gesichtspunkt abgekommen. Die Industrie will nun pro Beschäftigten 100 Mark leisten. Die Sammlung soll sich auf Naturalien und Geld erstrecken. Das Projekt ist nunmehr so festgelegt, daß alle Korporationen, die das Hilfswerk stützen, an ihre Mitglieder Aufrufe zur Sammlung herausgeben. Das Geld fließt einer Zentrale zu, die von einem Hauptauschuß überwacht wird und dem auch die bayrischen Gewerkschaften angehören. Die Verteilung soll sich auf alle Notleidenden aus-

dehnen. Endgültige Richtlinien des bayrischen Hilfswerkes liegen zur Stunde noch nicht vor. Neben der zentralen Sammelstelle sind auch die großen Städte Bayerns berechtigt, Nebensammlungen vorzunehmen.

Die Gewerkschaften in Bayern haben sich dem Hilfswerk angeschlossen, um keine Verzögerung in der Hilfsaktion zu verurteilen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß sie etwa gegen ein Einbauen des bayrischen Hilfswerkes in die große Deutsche Notgemeinschaft sind.

Internationaler Freihandelskongress.

In Frankfurt a. M. begann am Montag der Internationale Freihandelskongress, an dem sich auch Mitglieder des englischen Cobden-Clubs beteiligten. Cobden, der große englische Freihandelsapostel, würde sich noch im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte, wie schlecht die Welt seine Parole: „Freihandel und Frieden!“ befolgt. Der schmerzliche Imperialismus war einer der schlimmsten Kriegstreiber. Doch das war vor dem Krieg. Aber auch die Handelspolitik der Nachkriegszeit zeigt der Welt, wie wahr das bekannte Wort Hegels ist, wonach die Geschichte lehrt, daß sie die Menschen nichts lehrt. Alle Erfahrungen des Krieges sind umsonst gewesen. Kein Freihandel, keine gegenseitige Weisheitsbegünstigung. Im Gegenteil. Der Versailler Frieden hat Deutschland einseitig die Weisheitsbegünstigung auf, die Siegerstaaten dagegen errichten Schutzollmauern, höher und dicker als sie je zuvor waren. Amerika geht mit einem schlechten Beispiel voran. Der neue amerikanische Zolltarif macht die Einfuhr wichtiger deutscher Produkte nach Amerika gänzlich unmöglich. Dabei weiß jedes Kind, daß ohne Export nach Amerika Deutschland auch nichts von Amerika beziehen kann. Es gehört ferner bereits zum politischen ABC, daß Deutschland ohne Großexport seinen finanziellen Verpfichtungen nicht nachkommen kann. Der Export nach Rußland kann nur ganz allmählich sich entwickeln, der nach Amerika dagegen könnte rasch und kräftig Hilfe bringen. — Und England? Es hat seine Baluta-Dumpingzölle, die sich hauptsächlich gegen Deutschland richten. Italien, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Schweden und Spanien haben diese herliche Erfindung in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Namen nachgeahmt. Was nach England geht, ist kein Handelsobjekt im engeren Sinne des Wortes, es ist Balutaware, Ausverkauf, Produkt der Not und Ausbeutung. — Und Frankreich? Seine zollpolitische Abhängigkeit gegen Deutschland ist bekannt. Frankreich hat jetzt merkantilistischen Ideen nach. Es will seine Industrie als Basis für den französischen Militarismus, folge es, was es wolle, ausbauen — also hemmungslos Schutzollpolitik. Und das genügt ihm noch nicht. Es besitzt sich auch noch, bei den handelspolitischen Verhandlungen Deutschlands mit neutralen Ländern Schwierigkeiten zu machen.

Wenn während des Krieges Militärs und Oekonomen für einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege rühten, so konnte man ihnen diesen Unfuh damals verzeihen. Kriegshypnose! Aber heute? Nach all den Erfahrungen? Wollte nicht sein, es dem Frankfurter Freihandelskongress, der Forderung Deutschlands in Genava, handelspolitisch die Gleichberechtigung wiederherzustellen, Nachdruck zu verleihen. Zeit wäre es; denn wir sind bereits mitten auf dem Weg zur Katastrophe.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß in seiner Dienstagsitzung, dafür einzutreten, daß zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die nächstjährige Bauperiode eine Wohnungsbaubgabe von 500 % der Friedensmiete erhoben wird.

Devisen-Kurse.

Berlin, 26. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	25. Oktober.	24. Oktober.
Amsterdam	1 fl. 1745.62	1720.68
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs. 291.76	270.30
Kristiania	1 Kr. 800.—	785.58
Kopenhagen	1 Kr. 892.74	888.78
Stockholm	1 Kr. 1192.—	1174.05
Helsingfors	1 Finn. Mk. 106.93	103.24
Rom	1 Lire 179.55	179.55
London	1 £ 19350.25	19600.87
New York	1 Doll. 4463.81	4408.95
Paris	1 Frs. 317.20	311.71
Zürich	1 Frs. 817.95	805.48
Madrid	1 Pesetas 681.29	670.81
Wien	100 Kr. 6.03	5.88
Prag	1 Kr. 144.13	142.64
Budapest	100 Kr. 176.—	171.—

Korpulenz ist schön

und ungesund. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Zoluba-Kerne zu kaufen, die wirksam, völlig unschädliche fettführende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1—2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10. (S538)

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

17. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Nun, Clas,“ sagte er, „der alte Horngrub ist sicherlich zwar ein fischer Kerl, mit dem wir bald abrechnen wollen, aber er hat uns doch den guten Rat gegeben, unsere Sachen schnell in Richtigkeit zu bringen und keine unnütze Zeit zu verlieren. Da liegt mein Brautgeschenk für die Jungfrau Else; bringe da deiner Sigrid, was du hast, nimm ihr aber auch die Kette da mit und hänge sie ihr um den Hals; sie wird wohl stille halten.“

„Ja, ja, Herr!“ rief Clas erfreut, „viel tausend Dank alle Zeit!“

„Im übrigen bleibt es, wie ich bestimmt habe,“ fuhr Herr Schiemann fort, „Morgen werde ich mit dir zum Landrichter gehen, mein Recht auf Dich übertragen und die Schrift aufnehmen lassen. Sobald wir die Stelle zugesprochen bekommen, sorge ich für die Einrichtung, das kannst du Gullit und Sigrid sagen, auch werde ich selbst mit ihnen sprechen. Bringe sie beide hinaus ins Pfarrhaus, wenn du fertig bist, und jetzt mach', daß wir hinüberkommen, es wird bald dunkel werden.“

Clas sprang nach dem Boote, trug die Kissen auf den Steuerbänken, und gleich darauf kam Herr Schiemann, den Blumenstrauß in der Hand. Alle Leute, die ihn sahen, hauchten ihn an. Er setzte sich in das Boot und Clas arbeitete so rasch, als hätte er doppelte Kräfte. Das Fahrzeug lag bald unter der Kirche, und als der reiche Bräutigam sich frischgelauert entfernt hatte, ließ der arme Knecht in seine Hütte, schrieb die Mutter an, ihm die Sonnenjasade zu bringen, sein rotes Seidentuch und die neuen Schuhe. Breite warf die Pfeife fort und schrie: „So ist es gut, Clas, jetzt haben wir sie. Geh du hin und dann bringe sie her. Ich will mich auch puzen, wie es einer Brautmutter zukommt, und will rote Grütze kochen und Heringe braten. Der Fang ist heute gut gewesen. Gullits Boote kamen beide voll von Fischen. Er stand darauf. „Hast Glück gehabt, Gullit?“ schrie ich ihm zu. „Ja, ja,“ antwortete er. „Mit alles in Ordnung!“

„Sie knüpfte ihm das Seidentuch um, fischerte und mähte dabei. „Nun geh,“ sagte sie, „bist schmad und bist willkommen. Der

Hund liegt in den Herentbüchern von Onen und Thorfel dazu; keiner mehr wird dir Sorge machen.“

Clas ging stolz lachend fort; was konnte ihm jetzt noch fehlen? Er schritt auf Gullits Haus zu, und eben trat die rote Abendsonne aus den Wolken und leuchtete über den Fjord fort auf die Trollkinder von Romsdalen. Da stand oben der ganze Hochzeitszug, den der heilige Olaf einst in Stein verwandelt hatte. Der heidnische König mit seiner schönen Tochter, die Priester und der riesige Bräutigam mit allen Hochzeitsleuten, den Fiedlern und Nahrenschwestern schienen lebendig zu werden. Es schien dem Clas Gorrud, als winkten sie ihm und fingen an zu springen und zu tanzen. „So soll es auf meiner Hochzeit sein,“ sagte er. „Alles soll tanzen, was Beine hat, und keiner soll fort, solange er gerade stehen kann; es muß wenigstens zwei Tage lang gesessen und getrunken werden.“

In dem Augenblick hörte er Sigrids helle Stimme, und wie sie laut sprach: „Ja, ja, Else und ich, wir wollen beistimmen unter der Krone gehen.“

Clas sog die Granatichur aus seiner Tasche; was er hörte, machte ihn jubelieren. Er hielt die Schnur hoch, sprang um die Ecke des Hauses und schrie: „Das sollst du, Sigrid, und sollst!“ Da hielt er plötzlich inne.

Vor ihm lag der höllische Hund gerade vor Sigrids Füßen, und sie mit ihren Händen um eines Mannes Hals, der eben seinen Kopf aufrichtete und zu ihm hinschaute. Es war, oder tat es wieder der höllische Red und blendete seine Augen. War es ein Gespenst, ein Schatten, ein Trug? In den Schreden des Augenblicks mißte sich Clas Gorruds Mut. Er sah die Granatichur in seiner Hand zusammen und schlenderte sie gegen das Gebilde. „Verfluchter Spuk!“ schrie er, „ich will dich zermalmen!“

Aber indem er dies sagte, war Thorfel Torgolf schon an ihm, hatte ihn mit beiden Händen gefaßt und hoch gehoben. Er rannte mit ihm an die Wand, daß es krachte. Dann hob er ihn vor neuem auf und ließ ihn wieder fallen, darauf zum dritten Male, ohne zu sprechen, schlenderte ihn über die Steine fort zu Boden. Nun wurde er festgehalten. In dem einen Arm hielt ihn Sigrid, am anderen Gullit haften. — „Halt ein,“ sagte der Fischer. „Er hat genug. Geh mit ihm fort, Sigrid, geh hinein, Thorfel.“ Clas lag wie tot, das Blut floß ihm aus dem Munde.

Zu derselben Zeit hatte auch Herr Peter Schiemann seine Werbung im Pfarrhause angebracht, wo der Pfarrer Tons Bille

ihn einige Zeit warten ließ, ehe er zu ihm hereintrat. Herr Tons hatte seinen großen schwarzen Rock angezogen und sah sehr fetterlich aus, als er sich vorbeugte.

„Nun,“ sagte Herr Schiemann lachend und ihm die Hand schüttelnd, „ich glaube, Sie haben mich erwartet, mein werter Freund?“

„Das habe ich allerdings,“ antwortete der Pfarrer, „da Sie gestern so gut waren.“

„Ohne alle Umstände!“ rief der reiche Kaufmann. „Sie dürfen mit mir keine Umstände machen, hätten im bequemem Hausrod bleiben sollen, teurerer Freund. Wo ist Fräulein Else?“

„Ich denke, sie wird im Garten sein,“ sagte Herr Bille.

„So darf ich sie wohl aufsuchen, sobald ich sie —“ Herr Schiemann lachte. „Ich darf doch?“ fragte er. „Ich möchte ihr diese Blumen bringen, und etwas fragen, wenn ich Ihre Erlaubnis dazu habe. Was es ist? Aufrichtig, ich hoffe, Sie wissen es. Es ist kein Geheimnis.“

„Sie haben Else der Ehre gewürdigt, Ihre Blicke auf sie zu richten,“ sagte Herr Bille mit würdiger Haltung, indem er ebenfalls lächelte und seine Hände faltete.

„Sprechen Sie nicht von Ehre!“ rief Herr Schiemann, „ich werde glücklich sein, wenn Sie mich mit allem, was ich habe, als Sohn auf- und annehmen. Wollen Sie?“

Er jagte dies sehr zuversichtlich aber der Pfarrer machte ein süßes Gesicht wiegte den Kopf dabei und antwortete: „Was könnte mir größere Freude gemäheren? Aus dem Grunde meines Herzens bin ich Ihnen dankbar.“

„So erlauben Sie daß ich Else aufsuche?“ unterbrach ihn der ungeduldige Bräutigam und stand auf.

Herr Bille hielt ihn mit einem launigen Handwinken zurück. „Barrier Sie noch, geachteter Herr Schiemann,“ sagte er — „nach ein Umstand — hm! ja, dieser ist es. Sie wissen, daß meine Tochter — Else — Sie haben gehört, wie deren früherer Neigung für Eric Meldal —“

„Alle Geschichten, ich frage nichts darnach!“ fiel Herr Schiemann großmütig abwehrend ein. „Schweigen wir davon, hochverehrter Freund.“

„Dennoch,“ sagte Tons Bille und hielt ihn wieder fest. — „dennoch ist ein Umstand eingetreten — ja wohl, ein Umstand, der sehr sonderbar ist.“

„Was ist es?“ fragte Schiemann.

Schluß folgt.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 26. Oktober.

Die geistige Nahrung.

Was, was in früheren Zeiten für uns alle zu den Selbstverständlichkeiten gehörte, das ist heute Objekt der Sorge geworden: das tägliche Brot und dessen Beschaffung, unsere Kleidung, ein trockener Fuß. In alle Schichten ist mindestens ein wenig Volkswirtschaft gebrungen, alles beschäftigt sich mit der Frage der Herkunft des Rohstoffes, seinen Kosten, seiner sachgemäßen Verteilung. Das schaffende Volk denkt volkswirtschaftlich. Aber es denkt nur mittels der Zeitung, des täglichen Blattes, das auf seinen Tisch kommt. Die Zeitung ist die Generalliteratur der Masse, das allgegenwärtige geistige Leben, das wie ein Zentralnervensystem alle scheinbar wirren Erscheinungen unserer Zeit nicht nur zum Gesamtbild zusammenbringt, sondern sie auch erklärt und Wege zur Abwehr schwerer Gefahren weist.

Wir haben diesen Zusammenhang zwischen Zeitung und Zusammenleben bisher auch für eine Selbstverständlichkeit gehalten, aber heute gilt es, sich dieser Selbstverständlichkeit in ganzer Tragweite bewußt zu werden. Mit dem Leben der Zeitung des schaffenden Volkes lebt und fällt die Spannkraft der Volksgenossen. Der Meienkampf um die Existenz zu führen. Unser heutiges Sein ist mit dem Dasein der Zeitung auf Gedeih und Verderb verbunden.

Wir können weder organisieren noch agitieren, weder Kräfte sammeln, noch sie zu vereinter Spannkraft auf notwendige Ziele sammeln ohne das Kampfmittel der Zeitung. Ohne Wehr kein Schutz, ohne Schutz keine Kampferregung.

Die Unternehmerschaft, die Reaktion sitzen im Sattel. Stärker noch wie beide können die Massen der Schaffenden sein, wenn sie sich ihrer soliden Waffen bewußt werden. Heute lauern unsere Feinde darauf, uns die arbeitslosen Lenden zu schlagen. Sie würden frohlocken, wenn die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, alle die vom Entgelt ihrer Arbeitskraft leben, ihres wichtigsten Kampfmittels, der Arbeiterpresse, verlustig würden. Das kann nicht zur Wirklichkeit werden, denn das wäre ein undenkbarer Zustand, ein Versinken in soziale Blindheit, die sich fürchtbar am schaffenden Volke rächen würde. Aber das schaffende Volk wird sich nicht wehrlos machen lassen, denn das Leben seiner Presse ist Blut von seinem Blut, ist Bewegung, Bewußtsein, Schutz und Kampf ums Leben. Schon die Not allein zwingt alle, überall für die sozialdemokratische Presse zu werben.

Bürgerrechtsvorlagen.

Schulgeldehöhung.

Durch Rat- und Bürgerbeschluß ist das Schulgeld bisher festgesetzt worden: Am R a t h a r i n e u m, Johanneum, Oberrealschule zum Dom, Ernestinenschule (Lyzeum, Oberlyzeum, Studienanstalt), Leseum am Falkenberg; erstes Kind 1000 Mk., zweites Kind 800 Mk., drittes Kind 400 Mk. für das Schulfahr, viertes Kind und folgende Kinder frei; an Mittelschulen: erstes Kind 500 Mk., zweites Kind 400 Mk., drittes Kind 200 Mk. für das Schulfahr, viertes Kind und folgende Kinder frei; an Lehrerseminar: 400 Mk. für das Schulfahr; an der Baugewerkschule: für hiesige und auswärtige Schüler 600 Mk. halbjährlich (für das Schulfahr 1200 Mk.).

Die Oberschulbehörde hat im Hinblick darauf, daß das Schulgeld in den meisten Städten und Ländern wegen des weitergehenden Gesamtwertes in letzter Zeit bedeutend erhöht worden ist, beantragt, für das dritte und vierte Viertel des Schulfahres 1922/23 zu den bisherigen Schulgebühren allgemein einen Teuerungszuschlag von 50 p. S. zu erheben. Die Finanzbehörde waren diese Vor schläge zu niedrig. Die Schulgebühren hätten schon bei ihrer letzten Realisierung nicht annähernd den gesteigerten sozialen und persönlichen Ausgaben für Schulen entsprochen. Den bisherigen Ausgaben des laufenden Rechnungsjahres in Höhe von 131 Millionen Mark reiche nur eine Erhöhung von 1,1 Millionen Mark an Schulgeld gegenüber. Es sei daher notwendig, sofort die Schulgebühren zu erhöhen, und zwar werde vorgeschlagen, zu der dritten Schulrate einen Zuschlag von 100 p. S. und zu der vierten Schulrate einen Zuschlag von 200 p. S. zu erheben. Für das kommende Schulfahr seien weiter beträchtliche Erhöhungen der Schulgebühren nicht zu vermeiden. Der Senat ist gleichfalls der Meinung, daß sich eine erhebliche weitere Erhöhung des Schulgeldes nicht umgehen läßt. Er hat daher den Vor schlägen der Finanzbehörde zugestimmt und der Bürgerschaft einen dementsprechenden Antrag unterbreitet.

Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues.

In einer Beiratsrechnung zwischen Vertretern der Finanzbehörde und der Baubehörde, Abteilungs für Wohnung und Siedlung, haben die letzteren darauf hingewiesen, daß außer den bisher schon vom Staate bereitgestellten Mitteln noch 39 Millionen Mark zur Vollendung der angefangenen Wohnungsbauten im Jahre 1922 erforderlich sind. In Bau befinden sich insgesamt 196 Wohnungen, darunter 87 des Staates und 24 des gemeinnützigen Bauvereins. Mit diesen Mitteln ist es aber nicht getan. Soll die Bautätigkeit nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Wohnungen fortgesetzt werden, was unbedingt notwendig ist, so müssen vom Staate weitere erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Finanzbehörde hat hierzu berichtet, daß, wenn der Wohnungsbau nicht zum Stillstand gelangen sollte, die fortgesetzte Bereitstellung öffentlicher Mittel nicht zu umgehen sei. Insbesondere erweise es sich, die angefangenen Bauten fertigzustellen, da dem Staate sonst ein großer Schaden erwachsen würde. Es müsse aber unbedingt daran festgehalten werden, daß die Bemittelung der Mittel von deren Aufbringung durch Steuern abhängig gemacht werde; durch Anleihen ließen sich die Gelder nicht mehr beschaffen. Um bei der ständig zunehmenden Geldentwertung ausreichende Mittel zu erlangen, sei jedoch eine beträchtliche Erhöhung des Zuschlages zur Grundsteuer nicht zu vermeiden. Die zunächst in Aussicht genommene Erhöhung von 12 1/2 auf 22 1/2 p. T. habe sich bei weiterer Prüfung als durchaus unzureichend erwiesen. Zur wirksamen Förderung des Wohnungsbaues sei eine Erhöhung des Zuschlages bis auf 200 p. T. notwendig, wodurch jährlich insgesamt etwa 110 Millionen Mark aufgebracht werden würden.

Die Finanzbehörde empfiehlt zugleich die vom Senat gegen die von der Bürgerschaft beschlossene Änderung des § 2 erhobenen Bedenken zu beseitigen. Wenn hier auf Antrag von Wandbeuten nach dem 30. Juni 1918 errichteten Neubauten auch die nach diesem Zeitpunkt errichteten Wohnungen gleichgestellt sind, so ist das jedenfalls in denjenigen Fällen nicht gerechtfertigt, in denen die Kosten der Errichtung dieser Wohnungen ganz oder zu einem beträchtlichen Teil vom Staate getragen sind. Nur dann, wenn der Eigentümer selbst nach dem fraglichen Zeitpunkt neue Wohnräume in seinem Hause geschaffen und dadurch zur Beseitigung der Wohnungsnot beigetragen hat, kann er beanspruchen, insoweit von der zu diesem Zwecke erhobenen Steuer befreit zu sein. Diese Befreiung muß auch dem Mieter einer solchen Wohnung zugute kommen, da für ihn bereits die durch die erhöhten Baukosten bedingte Miete in Betracht kommt. Ausgeschlossen von der Be-

freiung muß ferner diejenige Wohnung bleiben, die der Eigentümer eines Grundstücks als Ersatz für eine in seinem Interesse, z. B. zwecks gewerblicher Benutzung aufgehobene Wohnung hergestellt hat. Der Senat teilt den Standpunkt der Finanzbehörde in allen Punkten und stellt demnach einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Was es angeht!

Der Regierungspräsident der Pfalz erklärt einen Aufruf, der an die Vorstände der Bezirksamter und der unmittelbaren Städte sowie an die Justiz-, Eisenbahn-, Forst-, Finanz- und Hofverwaltungen gerichtet ist. Das Regierungspräsidium erwartet von den bezeichneten Stellen, daß bei der Aufgabe von Anzeigen keine unangebrachte Zurückhaltung beobachtet wird und daß besonders auch die Zeitungsbeleger mit Druckaufträgen in größeren Mengen als bisher bedacht werden. In dem Aufruf heißt es:

„Daß die Presse unter den heutigen Verhältnissen mit Ersuchen um kostenlose Aufnahmen in den Inseratenteilen gehörender Mitteilungen im redaktionellen Teile nicht mehr angegangen werden kann und darf, ist eine Selbstverständlichkeit, auf die schon bei früherer Gelegenheit hingewiesen wurde.“

Nach Ersuche die Herren Bezirksamtsvorstände mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieser Angelegenheit, auch die Gemeindevorstände im Sinne dieser Entschließung mit Weisungen zu versehen und ebenso bei der Bevölkerung das Verständnis für diese wichtige Frage zu wecken.“

Diese verständige Ansicht können sich auch sehr viele Bittsteller in unserem Verbreitungsgebiet merken. Sie vergessen nur zu häufig, daß sie von der Zeitung unter Umständen mit einer einzigen Bekanntmachung oder eines umfangreichen Hinweises, die mit der Bitte um „gef. kostenlose Aufnahme“ ausgestattet wird, ein Dufser verlangen, das in die Tausende geht. Es kann kein Geschäft etwas verschenten in dieser Zeit, am allerwenigsten die Zeitung.

Gesossen, vergeht den Pressefonds nicht!

Zucker- und Brotarten.

In der preussischen Ausführungsanweisung über die Zuckerverordnung im Betriebsjahr 1922/1923 wird der Einzelverkauf durch Wiedereinführung der Zuckerarte geregelt, die am 1. Dezember in Kraft treten soll. Es wird monatlich ein Kilogramm Zucker auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden. Verboden wird, die Abgabe von Inlandszucker von dem Verkauf anderer Waren abhängig zu machen. Apotheken, Krankenhäuser, Gastwirtschaften und Fremdenheime erhalten besondere Zuteilungen. Ueber die Verteilung von Einmachezucker und die Sonderzuteilungen für Mütter und Säuglinge werden noch besondere Verfügungen ergehen. Ueber die Durchführung der Verordnung zum Ausschluß der Beiherrbeteiligten von der Markenbrotverordnung bestehen noch Zweifel. U. a. wird mitgeteilt, daß vielfach Haushaltungen, die nach den Bestimmungen der Verordnung auf das freie Brot zu verweisen sind, für ihre Hausangehörigen die Brotarten in Anspruch nehmen und nicht abliefern. Nach Auskunft des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein solches Verfahren unzulässig und setzt die betreffenden Haushaltungsvorstände der Gefahr der Bestrafung aus. Haus-Fakturen sind nämlich entweder in ihrer Gesamtheit mit Markenbrot zu versehen oder in ihrer Gesamtheit zum Bezug freien Brotes verpflichtet, je nachdem das Einkommen des Haushaltungsvorstandes einschließlich der ihm zuzurechnenden Einkommen der Hausangehörigen die in der Verordnung gesetzten Grenzen von 30 000 Mark und je 15 000 Mark überschreitet oder in ihnen bleibt. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß Haushaltungen, die nicht markenbrotberechtigt sind, auch auf die Brotarten für das Hauspersonal verzichten oder sie, soweit sie diese schon erhalten haben, zurückliefern müssen.

Aus der Lübecker Zukunft.

Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde schreibt uns: Am Namensstage Lukas, des Heiligen der Maler, gab Herr K. W a r n e r die Mitteilungen „aus der Geschichte des Amtes der Maler zu Lübeck.“ Ausgehend von der Tätigkeit der Maler unserer Tage zeigte er, wie der Maler des Mittelalters gleichzeitig die Aufgaben eines Künstlers zu erfüllen hatte. Er schuf Fresken, Tafelbilder, geschnitzte Altäre usw. Mit diesen Malern waren in Lübeck die Glaser, wegen der viel von ihnen geübten Glasmalerei, zu einem Amte vereinigt. Als im Laufe des 16. Jahrhunderts die mehr künstlerische Betätigung dieser beiden Handwerker abnahm, machte sich besonders bei den Glasern das Bedürfnis geltend, von den Malern freizukommen und ihre Angelegenheiten in einem eigenen Amte zu vertreten. Nach jahrzehntelangen Zwistigkeiten wurde 1669 endlich die Trennung durchgeführt. Darauf ging der Vortragende auf den Herabgang des Amtes ein. Er schildert die z. T. beschwerliche Lehrzeit, die mindestens 5-6 Jahr währte. Aber nur 2 Lehrjahre durfte der Meister halten. Schwarz war auch die Trennung zwischen Lehrzeit und Geselle. 1687 bestrafte die Gesellen einen ihrer Mitgesellen, weil er mit einem Lehrling zur Jagd gegangen war und ihm zumessen im Wirtshaus gesessen. Die Gesellen gehörten mit zum Amte, hatten sich aber schon frühzeitig aus wirtschaftlichen Gründen, besonders zur Unterstützung in Krankheitsfällen zusammengeschlossen. Sie erhielten 1671 deshalb eine besondere Rolle. Besonders belächelt sich ihnen der Wanderrama, sobald sie selbst die Arbeitsstelle aufgaben. Wenn der Geselle Meister werden wollte, so mußte er eine zweijährige Mutzeit ableiten, die erst 1860 aufgehoben wurde. Ein Geselle durfte nicht verheiratet sein; als ansehender Meister mußte er eine Amtsdochter oder -witwe zur Frau nehmen. Das gab häufig zu Streitigkeiten Anlaß. 1762 führte ein solcher Fall zu einem jahrelangen Prozeß, der noch 1768 vor dem Reichskammergericht schwebte. Dem eigentlichen Meisterschild in Gestalt eines größeren Selbstbildes amoen mehrere Trobestücke voran. Die Meisterschilde blieben in der Welt; wir haben davon heute auch noch eine ganze Anzahl im Sitzungszimmer des Polizeiamts, sowie auch im Rathaus. Nach Ablegen des Bürgereides und nach mancherlei Abgaben an das Amt wurde der Geselle Junameister und wurde zum Zeichen dessen mit dem reizenden gotischen Schilde geschmückt, das im Museum untergebracht ist. Die herkömmlichen Versammlungen des Amtes fanden bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts im Klosteringang von St. Katharinen oder auch in der Zirkelkapelle der Katharinenkirche statt. Mit Festlichkeiten waren verbunden die Neuwahl des Amtes um Ostern herum und der Aufstockung, dessen Feier oft tagelange währte. Während in älterer Zeit häufig in Gröner von den Meistern gefeiert wurde, geschah dieses im 18. und 19. Jahrhundert viel auf dem Riechhühnerhof (bis vor kurzem Wilhelmshöfchen). Der 9. Stifte dabei

1802 dem Maleramt auch den hübschen silbernen Traubenbecher aus der Mitte des 17. Jahrhunderts (Museum). Die Bilder, welche die Maler zum Verkauf anfertigten, wurden unter der Kanlei feilgeboten. Mancherlei Streitigkeiten ergaben sich mit andern Handwerkern, die ebenfalls bei ihrer Arbeit gelegentlich zu Farbe und Pinsel greifen mußten, so mit den Maurern wegen des Giebelstreichens, mit den Schniddeknern wegen des Firnisens der Geräte aus Eigenholz. Ueberhaupt hatten die Maler ein äußerst wachames Auge auf alle, die ihre Tätigkeit zeitweilig oder ständig ausübten, ohne in ihrem Amte zu sein. Wöhnlich jagden mit ihren oft schlimmen Folgen waren daher an der Tagesordnung Ein Dorn im Auge waren ihnen besonders die vom Rat zugelassenen Freimeister oder Conterfeier. Obgleich diese sich eigentlich nur künstlerisch betätigten, Bildnisse, Landschaften usw. schufen und sich der Stuben-, Schiffs- und Giebelmalerei enthielten, machten ihnen die Amtsmaler das Leben recht schwer. Zu ihnen gehörten Männer wie Knifer, Oesterreich, Richard Wulf, Blad u. a., von denen noch reichlich Werke in Lübeck vorhanden sind. Die Trennung, die eingetreten war in der Betätigung der Maler, hat sich im 18. und 19. Jahrhundert bedeutend verschärft, so daß wir heute zwei Stände haben, den Malermeister und den Künstler, die beide nichts mehr miteinander gemein haben.

Lübecker Bautätigkeit.

Im 3. Vierteljahr 1922 sind hier nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts 63 neue Wohnhäuser fertiggestellt, fast die gleiche Zahl (62) wie im 2. Vierteljahre, aber 16 weniger als im 3. Quartal 1921. 47 der Neubauten sind Einfamilienhäuser, 15 enthalten je 2 Wohnungen und 1 enthält ihrer 6. Dieser größte Neubau ist von einem Staatsbetrieb für die Unterbringung einer Angestellten errichtet, andere Arbeitgeber haben 7 Häuser herstellen lassen.

Die Zahl der in den Neubauten entstandenen Wohnungen beträgt 83. Im vorhergehenden Quartal waren es 72 und im 3. Quartal 1921 103. 21 Wohnungen enthalten je 3 Wohnräume, 14 je 4, 29 je 5, die übrigen 19 sind größer. Durch An-, Um- und Aufbau sind weitere 38 Wohnungen entstanden und 3 eingezogen. Der Gesamtzuwachs an Wohnungen beträgt hiernach 118, gegen 119 im vorhergehenden Quartal und 163 im 3. Vierteljahr 1921. Der fortgeschriebene Wohnungsbestand der Stadt Lübeck stellt sich für Ende September, einschließlich des der eingemeindeten Stadtteile Schönbusch und Westoe, auf 31 721.

Die Preise für Mahnzüge. Man schreibt uns: In Nr. 248 des Lübecker Volksboten war zu lesen, daß der Verband der Arbeiter für das Schneidergewerbe in Lübeck keine Preise nach Valutawährung berechnen wird und für einen Anzug nach Maß nur 70-75 000 Mk. nehmen will. Dabei wird der Gehilfenlohn mit an erster Stelle genannt. Damit nun die Öffentlichkeit nicht irrtümlicherweise glaubt, daß auch die Gehilfenlöhne haben an der kolossalen Steigerung, bemerken wir folgendes: Ein Anzug nach Maß kostete 1914 ungefähr 88 Mk., davon bekam der Gehilfe 22 Mk., also den vierten Teil. Jetzt kostet derselbe Anzug 75 000 Mk., davon bekommt der Gehilfe 4200 Mk., also nur den 18. Teil. Daraus ist zu ersehen, daß die geringe Erhöhung der Stundenlöhne an der hohen Summe gar nichts ausmacht, denn die Schneidergesellen stehen in den freien Gewerkschaften mit ihrem Stundenlohn ziemlich an letzter Stelle. Hier in Lübeck beträgt der Stundenlohn 85 Mk. Mit der Valuta gehen nur die Arbeitgeber. Hierbei möchten wir auch noch gleich bemerken, wie sozial die Meister denken, die ihre Arbeit mit Lehrlingen verrichten. Geben sie doch schon seit einigen Wochen ihren Lehrlingen je nach Lehrjahren 40-150 Mk. pro Woche. Da sage einer noch, daß sie nicht gut bezahlen. Manche der Herren haben 4 Lehrlinge und keinen einzigen Gehilfen und die Gewerksammer lagt nichts dazu. Noch schlimmere Zustände herrschen unter den Schneiderinnen, worauf wir in einer der nächsten Nummern zurückkommen. Hierbei möchten wir aber den Eltern, die gewillt sind, ihre Söhne oder Töchter das Schneiderhandwerk lernen zu lassen, bitten, sich möglichst erst Auskunft bei der unterzeichneten Organisation zu holen. Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag von 6-7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.

Die Oberverwaltung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Filiale Lübeck.

pb. Diebstähle. Drei Fahrräder sind am Dienstag gestohlen gemeldet worden. — Im Besitze eines wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Schmiedegesellen wurde eine herbstzeitliche Halskette mit schwarzen Enden zum Zubinden, deren Herkunft nicht festgestellt, vorgefunden. Da Diebstahlsverdacht vorliegt, wird der rechtmäßige Eigentümer erucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Aus einem Hause in der Klappenstraße sind 3 000 Mark in bar, 1 goldene Damenuhr mit Sprungwerk und Doublekette, 1 neuer, dunkler Sommerpfeife, 1 goldener Trauring, 1 Herren-Doubleuhrkette und 1 goldene Brille gestohlen worden.



Dich seh ich oft,
Wer bist denn du?
Ich bin der rote
Erdafrösch
Und pflege Deine
Schuh!

Erdal
Marke Rolfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

